

„Die Mühen der Ebene“ – Konferenz zu zehn Jahren Demokratisierung in Indonesien

Anett Keller, Asia Pacific Times, Juni 2008
Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung

„Demokratie ohne Demokraten?“ – so lautet der Titel eines kürzlich von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Jakarta herausgegebenen Buches mit Artikeln des indonesischen Politikwissenschaftlers Fadjoel Rahman. Der Titel wurde gewählt in Erinnerung an die deutsche Geschichte und die Zeit der Weimarer Republik, die auf dem Papier der Verfassung eine blühende Demokratie war. Doch zu wenige verteidigten ihre Errungenschaften, was danach kam ist als die dunkelste Episode der deutschen Geschichte bekannt – die Zeit der Herrschaft der Nationalsozialisten.

„Demokratie ohne Demokraten“ – das kann auch als Aufforderung an Indonesien verstanden werden, aus der Geschichte zu lernen. Indonesiens Demokratisierungsprozess ist zweifellos ein großer Erfolg – umso mehr, wenn man auf die Entwicklung der Nachbarstaaten in den letzten zehn Jahren schaut. Doch zehn Jahre nach dem Sturz von Suharto sind heute viele Vertreter der Demokratiebewegung enttäuscht. Angesichts der Tatsache, dass vielerorts die alten Eliten noch oder wieder Schlüsselstellen in Politik und Wirtschaft besetzen, und angesichts der wachsenden Armut im Land haben viele – zu viele – Indonesier das Gefühl, die Demokratie habe ihnen nichts gebracht.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung und *Watch Indonesia!* hatten namhafte indonesische Studentenaktivisten, Politiker, Menschenrechtler und Wissenschaftler nach Berlin eingeladen, wo sie gemeinsam mit deutschen Indonesien-Experten Bilanz zogen über die Entwicklung der dritt-größten Demokratie der Welt. Was wollte die Demokratiebewegung 1998, was ist davon realisiert worden und wo gibt es Defizite? – so

lautete die Ausgangsfrage der zweitägigen Zusammenkunft.

Und so galt es, den Blick nicht nur zurück zu richten und die Errungenschaften der Demokratie zu feiern – die es zweifellos gibt. Schon die Tatsache, dass sich in Berlin Menschenrechtler aus Indonesien trafen, die teilweise unter Suharto politische Häftlinge waren und der Botschafter der Republik Indonesien ein Grußwort an sie richtet, zeigt, wie sehr sich Indonesien in den letzten zehn Jahren verändert hat. Ungeachtet vieler Erfolge ging es den rund 100 Teilnehmern der Konferenz aber vor allem darum, die Herausforderungen zu schildern, welche jene tagtäglich zu meistern haben, die in Indonesien die demokratischen Errungenschaften verteidigen.



S.E. Botschafter Makmur Widodo

(Foto: Zensen)

Ein ehemaliger Studentenaktivist sagte der Autorin kürzlich in Jakarta, mit der Demokratie in Indonesien, das sei wie mit einem Studium. Den Bachelor habe man in der Tasche, nun sei der Master dran. Und bis zur Dissertation sei es wohl noch ein sehr langer Weg. Der deutsche Dichter Bertolt Brecht hat dafür einst den Begriff der „Mühen der Ebene“ gefunden. „Die Mühen der

Gebirge liegen hinter uns, vor uns liegen die Mühen der Ebene“ schrieb Brecht 1949, vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Hypotheken für die Zukunft

„Indonesien ist von Korruption zerfressen und von Clanwirtschaft beherrscht“ – hieß es in dem zehn Jahre alten Film „Indonesien am Abgrund“, der die Teilnehmer zu Beginn der Konferenz einstimmte. Daran hat sich, das zeigten die Präsentationen der indonesischen Teilnehmer sehr eindrucksvoll, wenig geändert. Suhartos Cronies beherrschen heute weiter das Wirtschaftsleben. Die wirklichen Demokraten seien an den Rand gedrängt worden, kritisierte der Menschenrechtler Garda Sembiring (*Peoples Empowerment Consortium*) im ersten Panel „Suhartos demokratisches Erbe – Hypotheken für die demokratische Zukunft“. Garda betonte außerdem, dass die Straflosigkeit für die während der Suharto-Ära begangenen Verbrechen immer noch anhalte. Inzwischen bestehe die Gefahr, dass die rückwärtsgewandten Kräfte die demokratischen Gesetze der Reformzeit wieder zurück drehen, warnte auch Syahdatul Kahfie, ehemaliger Studentenaktivist von *Forum Kota*.

„Wirtschaft und soziale Entwicklung in Indonesien – Kleiner Tiger oder zurück in die Armut?“ – dieser Frage widmete sich die zweite Podiumsrunde am ersten Konferenztag. Zwar nimmt sich Indonesiens Wirtschaftswachstum von außen betrachtet beeindruckend aus. Doch das Land leidet an den typischen Schwächen eines Rentenstaates. Das heißt, die Einnahmen aus Rohstoffen sprudeln auch ohne nennenswerte Produktions- oder Investitionstätigkeit. Daher gibt es vergleichsweise wenig Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung. Am meisten profitieren davon jene, die das *Forbes Magazine* in schöner Regelmäßigkeit zu den reichsten Männern zählt. Ein Großteil der Bevölkerung leidet indes unter wachsender Armut und darunter, dass das menschliche Potenzial offenbar nicht zu den Schätzen des Landes gezählt wird. Zu viele Menschen, die keine Perspektive sehen, wenden sich enttäuscht ab von der Demokratie.

Demokratie mit schwachem Fundament

Die „Volksherrschaft“ in Indonesien habe ein schwaches Fundament, kritisierten viele der Konferenzteilnehmer. Kein Wunder: Ein Haus muss man von unten aufbauen! Dafür ist die Unterstützung der indonesischen Zivilgesellschaft durch deutsche Organisationen wie die Friedrich-Ebert-Stiftung und *Watch Indonesia!* weiter unabdingbar. Dafür ist es aber seitens der Aktivisten auch nötig, sich in die „Mühen der Ebene“ zu begeben. Gegen etwas zu sein ist immer einfacher, als nachhaltige Alternativen zu entwickeln, die viele Opfer erfordern und unter Umständen auch keine schnellen Früchte tragen.

Einige der Felder, auf denen die fortgesetzte Zusammenarbeit besonders nötig ist, wurden in sechs Einzelworkshops diskutiert. Es war ein großes Verdienst der Konferenz, dass nicht frontal Experten-vorträge adressiert wurden. In den Workshops wurde in kleinen Gruppen und unter reger Beteiligung der Teilnehmer Bilanz gezogen und konkrete Handlungsvorschläge für die Zukunft erarbeitet.

Reformen ohne Konsequenzen?

Reformen ohne Konsequenzen? – lautete die Fragestellung im Workshop „Rechtsstaat und Menschenrechte“. Trotz zahlreicher Gesetzesänderungen seien entscheidende Forderungen der Demokratiebewegung unerfüllt geblieben, kritisierte Zumrotin Kasru Susilo, die ehemalige stellvertretende Vorsitzende der indonesischen Menschenrechtskommission (*Komnas HAM*). Menschenrechtsverletzungen würden nach wie vor kaum aufgearbeitet, die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen. Zumrotin macht dafür die mangelnde Implementierung der Gesetze verantwortlich. Es fehle auch an einer entsprechenden politischen Kultur, weder die staatlichen Institutionen, noch die breite Bevölkerung interessiere sich für das Thema. Suciwati, die Witwe des ermordeten Menschenrechtlers Munir, machte darauf aufmerksam, dass die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen immer noch wichtige Ämter beklei-

deten. Aus Angst vor den Tätern würde deren Rolle nicht öffentlich thematisiert. Auch an sich fortschrittliche Gesetze würden aus Angst nicht umgesetzt.



Suciwati, Witwe des ermordeten Menschenrechtsaktivisten Munir

(Foto: Zensen)

Wie aber kann eine Gesellschaft in eine demokratische Zukunft blicken, die ihre Vergangenheit kaum aufarbeitet? Dieser Frage wird sich Indonesien stellen müssen. Der Ex-Studentenaktivist und heutige Funktionär der Partei PDI-P Budiman Sudjatmiko verwies darauf, dass eine Auseinandersetzung der jungen Generation mit der Rolle der eigenen Eltern und Großeltern zur Zeit der Diktaturjahre, wie sie in Deutschland im Zuge der 68er Bewegung geführt wurde, in Indonesien noch aussteht. Garda Sembiring rief dazu auf, das kommende Wahljahr zu nutzen, um von den politisch Verantwortlichen die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen, z.B. mittels einer Wahrheitskommission, zu fordern.

Nachhaltige Lösungen auf demokratischem Weg?

Der Workshop zum Thema „Innerstaatliche Konflikte“ zeigte am Beispiel von Papua und Aceh, dass lokale Autonomieregelungen auf dem Papier noch lange keine wirkliche Autonomie ausmachen. „Der Frieden in Aceh ist noch nicht vollkommen“, bilanzierte Mohammad Taufik Abda, Sprecher der Partei SIRI. Zwar fühle sich das Volk sicher, es habe erfolgreiche Wahlen mit unabhängigen Kandidaten gegeben, sogar die Gründung lokaler Parteien sei in Aceh erlaubt. Doch bestünden viele Rechte, die die Zentralregierung der Provinz im Zuge des Friedensprozesses versprochen habe, nur auf dem Papier.

In Papua scheint die Entwicklung von der Acehs weit entfernt. Die Situation sei heute sogar schlimmer als vor zehn Jahren, kritisierte Marianne Klute von *Watch Indonesia!* Klute machte dafür die zunehmende Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, Konflikte durch Zuwanderung im Rahmen des Transmigrasi-Programmes, Korruption, eine steigende Militärpräsenz und den Mangel an Aufmerksamkeit seitens des Auslandes verantwortlich. Es reiche jedoch nicht, nur auf das Versagen der Zentralregierung hinzuweisen, so Yulia Sugandi, ehemalige Mitarbeiterin des *United Nations Development Programme* (UNDP) in Papua. Gerade in Papua werde deutlich, dass es oft auch die lokalen Eliten sind, denen ihre Profitinteressen wichtiger sind als das Gemeinwohl.

Möglichkeiten zur politischen Gestaltung

Die schwachen politischen Parteien gehören zu den größten Sorgenkindern des Demokratisierungsprozesses. Gewählt werden vor allem Personen, nicht das Programm einer Partei. Trotz einer Vielzahl von Neugründungen dominieren die einst unter Suharto zugelassenen Parteien, allen voran Golkar, die politische Landschaft. Die Parteienoligarchie der „Orde Baru“ setze sich fort, kritisierte Syaiful Bahari, Gründer und Vorsitzender der neuen Partei PPR. Parteien müssten ideologisch differenzierter auftreten, forderte Budiman Sudjatmiko (PDI-P). Der ehemalige Studentenaktivist musste sich Kritik anhören für seine Karriere in der etablierten PDI-P. Zehn Jahre nach dem Sturz von Suharto ist die Frage, ob die Demokratiebewegung über eine außerparlamentarische Opposition oder über den „Marsch durch die Institutionen“ wirkungsvoller ist, in Indonesien aktueller denn je. Großer Bedarf wurde in punkto Nachwuchsförderung und politische Bildung konstatiert. Problematisch gesehen wird auch die Parteienfinanzierung. Budiman räumte ein, dass die Parteien ein Kooptationsrisiko eingehen, wenn sie sich von Unternehmen finanzieren lassen. Die enormen Kosten für Wahlkämpfe und die grassierende Korruption sorgen außerdem dafür, dass Parlamentarier ihre Amtszeit „nutzen“, um ihre Investition in das Amt schnell zu „vergolden“. Die Mehrheit des Volkes, das beweisen Umfragen,

fühlt sich von den politischen Parteien jedenfalls nicht vertreten, was sich auch in den steigenden Zahlen der Nichtwähler zeigt.

Medien als Garant der Demokratisierung?

Die Medien gelten oft als Beispiel für den Erfolg der Demokratie in Indonesien. Doch journalistische Unabhängigkeit ist auch heute noch bedroht, betonten Linda Christanity (PANTAU) und Anett Keller (*Asia Pacific Times*) im Workshop „Medienfreiheit in Indonesien“. Durch neue Gesetze, die die mit dem liberalen Presserecht von 1999 eingeräumte Freiheit wieder einschränken, durch Verleumdungsklagen einflussreicher Unternehmer und Politiker, aber auch durch Druck durch Kommerzialisierung und die Partikularinteressen der Medienunternehmer selbst. Eine unrühmliche Rolle spielt auch die grassierende Korruption im Journalismus. Was tun? Es bedarf dringend einer besseren Ausbildung von Journalisten und einer Stärkung von Selbstkontroll-Gremien wie dem Presserat und Journalistengewerkschaften. Außerdem könnte ein institutionalisierter Medienjournalismus für mehr Transparenz im Mediensystem und für mehr Medienkompetenz bei den Rezipienten führen. Zu diesem Zweck wären auch Medienprojekte in Schulen unterstützenswert.

Ist das Primat der Politik gescheitert?

In punkto Sicherheitssektorreform bedürfe es unbedingt verstärkter Kompetenzen für die Nationale Menschenrechtskommission, forderte Makmur Keliat (Universitas Indonesia). Der Politikwissenschaftler kritisierte das Konkurrieren von Militär und Polizei über die Deutungshoheit beim Thema Nationale Sicherheit - beide Institutionen stritten um die Kontrolle darüber. Auch stünde die Polizei nach wie vor nicht unter der Verantwortung eines Ministeriums, sondern lediglich der des nationalen Polizeichefs, beklagte Makmur.

Dass die Sicherheitssektorreform stagniere, betonte auch Usman Hamid, Vorsitzender der Menschenrechtsorganisation *Kontras*. Zum einen sei die zivile Elite nach wie vor

abhängig von der politischen Unterstützung des Militärs.



Usman Hamid (l.), Vorsitzender der Menschenrechtsorganisation Kontras, und Marius Müller-Hennig, FES Indonesien

(Foto: Hüning)

Zum anderen rechtfertigte der internationale Kampf gegen den Terrorismus autoritäre Gesetze, kritisierte Usman. Als konkrete Handlungsoptionen für die zivilen Kräfte schlug Usman vor, einen Menschenrechtsdialog mit dem Militär zu führen. Gerade die jüngere Generation im Militär, die seit der Amtszeit von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono spürbar weniger politischen Einfluss nehme, sei dafür möglicherweise offen. Außerdem bedürfe es des stärkeren *Capacity Building* für die zivilen Eliten. Kritisch beleuchtete Usman auch das Verhältnis Rolle von Militär, Geheimdienst und ehemaligen Generälen. Bis heute verhielten sich Militär und Geheimdienste als Anwälte der Generäle a.D., denen Menschenrechtsverletzungen unter Suharto vorgeworfen werden, so Usman.

Neue Bedrohungen für die Demokratie?

Sind Fundamentalismus und Nationalismus eine Gefahr für die Demokratie in Indonesien? – lautete die Frage im letzten der sechs Workshops. Auffallend in der Diskussion war eine deutlich unterschiedliche Perception der Begriffe Nationalismus und Fundamentalismus bei den deutschen und den indonesischen Teilnehmern. Dennoch wurde klar, dass die Gefahr eines Nationalismus, der repressiv ist und der politisch instrumentalisiert wird, eine sehr reale Gefahr in Indonesien ist. Einem rückwärtsge-

wandten Nationalismus, der nur auf Abgrenzung setzt, müsse begegnet werden mit einem „versöhnlichen“ und „lebendigen“ Nationalismus, auf den man stolz sein könne, forderte Rommy Hermawan, Doktorand an der Universität Potsdam.

Sorge bereitet auch ein zunehmender Fundamentalismus in Glaubensfragen, dem Religion nicht als Modell der privaten Lebensführung gilt, sondern als Gruppenzwang, dem der Einzelne sich unterzuordnen hat. Die Bewohner Acehs hätten ganz andere Sorgen, als die Pflicht, ein Kopftuch zu tragen, meinte Raihana Diani, Sprecherin von *Partai Rakyat Aceh*. Das habe sich auch darin gezeigt, dass mit Irwandi Yusuf ein Kandidat zum Gouverneur gewählt wurde, der als einziger nicht die Implementierung der Scharia-Gesetzgebung ganz oben in seinem Wahlprogramm stehen hatte. Generell seien offene Debatten über Religion in Indonesien ein zunehmend sensibles Thema, waren sich die Diskussionsteilnehmer einig. Ein Teilnehmer stellte darüber hinaus die berechnete Frage, ob das heutige Indonesien ein Land ist, in dem auch Atheisten auf dem Boden der Verfassung leben können.

Das Feuer der Demokratiebewegung muss neu entfacht werden!

Die in den beiden Konferenztagen besprochenen Themen wiesen eine äußerst große Relevanz auf für den Demokratisierungsprozess Indonesiens. Das zeigt auch die starke Teilnahme und die rege Diskussionsfreude. Dabei wurde – vor allem dank des Engagements und der exzellenten Beiträge der indonesischen Gäste - mehr als deutlich, dass Indonesien weit davon entfernt ist, eine Demokratie ohne Demokraten zu sein. Doch zehn Jahre nach der machtvollen Bewegung von 1998 scheinen die wirklichen Demokraten heute oft auf verlorenem Posten. Daran etwas ändern können nur sie selbst. Aber sie bedürfen fortgesetzt der internationalen Solidarität. Weil nichts fataler ist, als wenn die Guten schweigen. Deshalb gilt, was Hendra Pasuhuk (*Deutsche Welle*) während der Konferenz über das Feuer der Demokratiebewegung sagte: Es kann nur brennen, wenn es jemand schürt. Kalau tidak aktif tidak panas!

Ansprechpartnerinnen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel.: 0228-883-516, E-Mail: Beate.Bartoldus@fes.de (verantwortlich)

Julia Müller, Tel.: 0228-883-536, E-Mail: Julia.Mueller@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228-883-575

Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: www.fes.de/asien.